

Kein Interesse an Zuwanderung erkennbar

Henning Karasch 23.05.2024, 13:45 Uhr



Berend Burwitz, GSP Sektionsleiter, und der Referent Dr. Stefan Luft (links).

Bild: Henning Karasch

Der Experte für Migration PD Dr. Stefan Luft sprach im Gorch-Fock-Haus über die Möglichkeiten der Zuwanderungssteuerung.

Wilhelmshaven - Vor Gästen der Gesellschaft für Sicherheitspolitik e.V. (GSP) sprach Dr. Stefan Luft, Privatdozent am Institut für Politikwissenschaft der Universität Bremen, im Gorch-Fock-Haus über „Deutschland und die Europäische Union als Ziel von Migration – Ursachen, Anreize und Möglichkeiten der Zuwanderungssteuerung“. „Migration ist ein beherrschendes Thema. Gründe, die Heimat zu verlassen, sind oft blanke existenzielle Not und Perspektivlosigkeit, die gegen Arbeit und Einkommen in der Fremde eingetauscht werden“, leitete GSP-Sektionsleiter Wilhelmshaven/Friesland Berend Burwitz den Abend ein.

Historie der Zuwanderung

Dr. Luft ging in der Historie zurück zu den Anwerbeabkommen mit Italien, später mit Griechenland und der Türkei. Nach einem Einbruch bei den Zuzügen Ende der 1960er Jahre habe die Anwerbung ab 1973 wieder Fahrt aufgenommen. „Es gab die Annahme einer massiven Rückkehr, die sich auch einstellte, als viele der Herkunftsstaaten Mitglieder der Europäischen Gemeinschaft wurden“, stellte

der Referent heraus, der sich seit 1995 mit dem Thema Migration befasst. Die wachsende Zahl Asylsuchender Ende der 1980er/Anfang der 1990er Jahre führte 1992/93 zum Asylkompromiss. Beim Zuzug der Spätaussiedler wurde eine Obergrenze eingeführt. Nach einem starken Rückgang in den 2000ern kamen Asylsuchende aus Syrien und Afghanistan. 2015 seien 400 000 Asylbewerber in Deutschland registriert worden, 2016 sogar 700 000. So stieg die Zahl ausländischer Staatsangehöriger in Deutschland auf zwölf Millionen Personen, plus jene, die qua Geburt die deutsche Staatsangehörigkeit erhielten. In Nordrhein-Westfalen habe jeder Dritte Bewohner Migrationshintergrund, was rund fünf Millionen Menschen entspreche. Mittlerweile gebe es mehr Menschen, die über den „Wanderungspfad Asyl“ einreisten, als Kriegsflüchtlinge. 2023 habe es 351915 Asyl-Erst- und Folgeanträge gegeben.

Deutschland an der Spitze

Dies seien 30 Prozent aller in der EU gestellten Asylanträge. Damit liege Deutschland an der Spitze, gefolgt von Frankreich und Italien. 281 Millionen Menschen, das sind 3,6 Prozent der Weltbevölkerung, seien als Migranten registriert. „Viele, die sesshaft bleiben, gehören zu den unfreiwillig Immobilen“, sagte der Dozent. Deutschland sei, nach den USA, zweitwichtigstes Zielland für Migration. Nach Einhaltung der Menschenrechte, dem Gefühl, in Deutschland willkommen zu sein und dem guten Bildungssystem folgten laut Dr. Luft Sozialleistungen auf Rang vier der Pullfaktoren. Acht von zehn ausreisepflichtigen Personen verblieben in der EU. Nach dem Dublin-Verfahren muss jenes Land, das als erstes betreten wird, das Asylverfahren betreiben. Dies sichere keine gerechte Verteilung der Asylsuchenden. Es schaffe keine Anreize für Staaten mit Außengrenzen, sich regelkonform zu verhalten, funktioniere nicht bei dauerhaftem Massenzustrom wie in den letzten Jahren und sei durch starke Verrechtlichung ineffizient.

Mauer keine Lösung

Statt Hilfe bei Abschiebung zu leisten, werde in der neuen Verordnung über das Asyl- und Migrationsmanagement weiterhin auf langwierige Einzelfallprüfungen gesetzt. „Echtes Interesse, zu neuen Ufern aufzubrechen, besteht nicht“, fasste der Referent zusammen. Zäune hochziehen und Mauern zu bauen, sei keine Lösung. Die meisten Flüchtlingskrisen würden regional gelöst. Aus Flüchtlings-Zeltstädten müssten neue Perspektiven erwachsen. „Willkür ist der Tod des Rechtsstaats“, warnte Dr. Luft. Duldungen seien Brücken ins Aufenthaltsrecht geworden. Geduldete seien aber ebenso ausreisepflichtig.